



DIHK-Report Gesundheitswirtschaft

Sonderauswertung der DIHK-Umfrage
bei den Industrie- und Handelskammern
Herbst 2013



Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

Copyright Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Herausgeber © Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. | Berlin | Brüssel

DIHK Berlin:

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte
Telefon (030) 20 308-0 | Telefax (030) 20 308 1000

DIHK Brüssel:

Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles
Telefon ++32-2-286 1611 | Telefax ++32-2-286 1605

Internet: www.dihk.de

Redaktion Dr. Sandra Hartig, Dr. Anne Zimmermann

Stand Dezember 2013

DIHK-Report Gesundheitswirtschaft

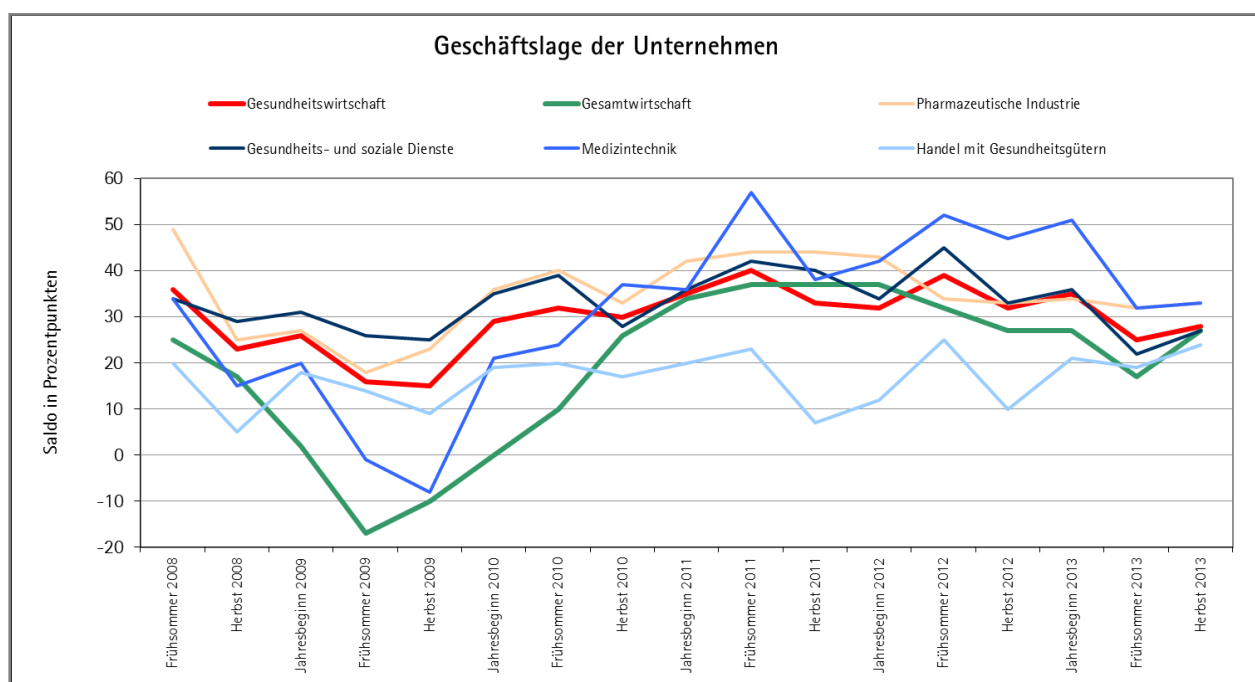
Die Gesundheitswirtschaft hat zum Jahresende 2013 wieder mehr Fahrt aufgenommen. Sie bekräftigt damit, dass sie das Zeug zum wirtschaftlichen Zugpferd hat. Die Indikatoren etwa für Investitionen und Beschäftigung zeigen nach oben. Das ist das Ergebnis einer Sonderauswertung der DIHK-Konjunkturumfrage vom Herbst 2013. 28.000 Unternehmen haben geantwortet, davon gut 900 aus der Gesundheitswirtschaft.

Allerdings könnten einige Maßnahmen, die die neue Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart hat, ihr – ebenso wie der Wirtschaft insgesamt – Wind aus den Segeln nehmen. Denn auch die Gesundheitswirtschaft ist, trotz ihrer konjunkturellen Stabilität, nicht immun gegen neue Regulierungen und höhere Belastungen.

Geschäftslage verbessert sich zum Jahresende

Die Lage der Unternehmen der Gesundheitswirtschaft hellt sich im Herbst 2013 wieder auf. Nachdem jüngst ein leichter Rückgang der Lagebewertungen zu verzeichnen war, verbessern nun die Einzelbranchen ihre Lageeinschätzung. Die Differenz der Anteile der Betriebe, die ihre Lage als „gut“, und derjenigen, die sie als „schlecht“ bewerten, liegt in der Gesundheitswirtschaft insgesamt nun bei 28 nach 25 Punkten im Frühsommer. Die Gesundheits- und sozialen Dienste ziehen dabei mit einem Saldo plus um fünf auf 27 Punkte spürbar an, ebenso wie der Handel mit Gesundheitsgütern, der sich von 19 auf 24 Punkte verbessert. Nahezu unverändert positiv schätzen die Unternehmen aus Pharma und Medizintechnik ihre Lage ein. Die Salden liegen beide bei 33 Punkten, nach 32 Punkten in der Vorumfrage.

Die Gesundheitswirtschaft entwickelt sich damit nach einer etwas verhalteneren Phase wieder klar positiv. Ähnlich sieht es in der Gesamtwirtschaft aus (Saldoanstieg von 17 auf 27 Punkte).

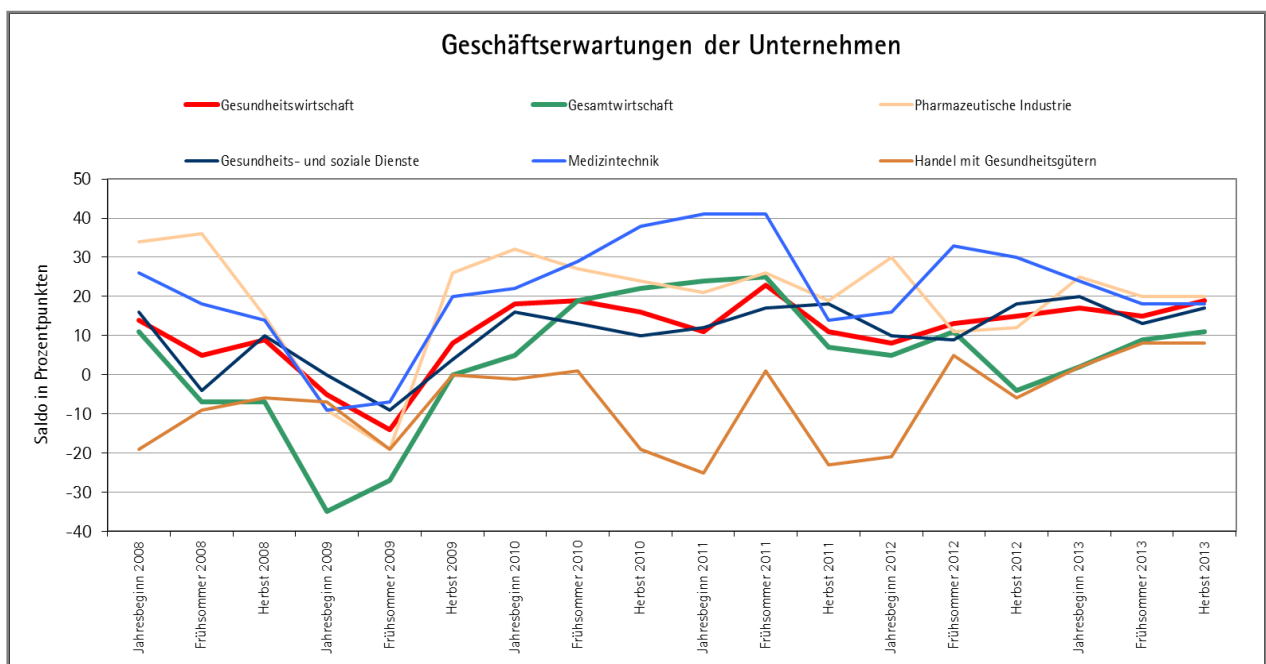


Positive Aussichten dominieren

Die Gesundheitswirtschaft erwartet in den kommenden Monaten eine erfreuliche Entwicklung. Ihr Saldo aus „besser“ und „schlechter“-Bewertungen der Geschäftserwartungen liegt im Herbst bei 19 Punkten, nach 15 Punkten in der Vorumfrage. In der Gesamtwirtschaft hat sich der Saldo von neun auf elf Punkte verbessert.

Die einzelnen Branchen entwickeln sich unterschiedlich: Die Industriezweige Pharma und Medizintechnik halten ihren Optimismus unter dem Strich mit 20 bzw. 18 Punkten jeweils ohne Veränderung zur letzten Umfrage. Auch der Handel verbleibt bei positiven acht Punkten. Optimistischer zeigen sich die Gesundheits- und sozialen Dienste - ihr Saldo verbessert sich um fünf auf 18 Punkte.

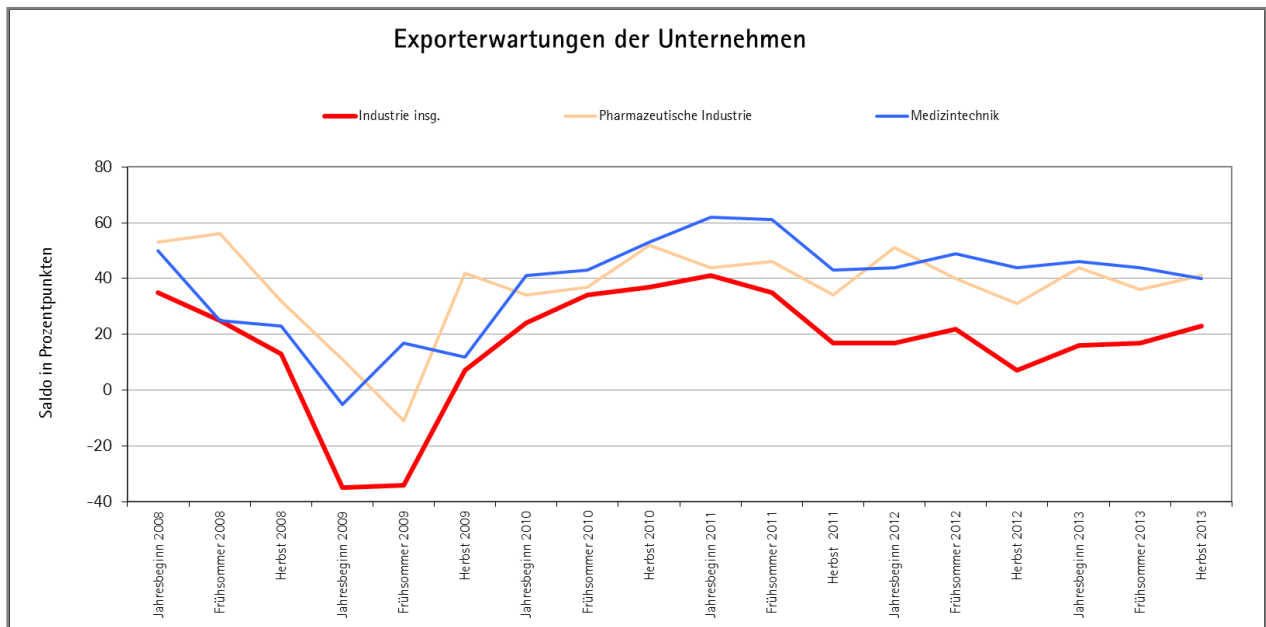
Hier wird einmal mehr deutlich, welche Rolle der Gesundheitswirtschaft zukommt. Sie liegt seit Jahren – lediglich mit einer Unterbrechung im Jahr 2010 – mit ihren Erwartungen oberhalb der Gesamtwirtschaft und kann damit auch in konjunkturell schwierigen Zeiten als Treiber und Zugpferd der wirtschaftlichen Entwicklung angesehen werden.



Exportenerwartungen stabil hoch

Die Exporterwartungen der ausfuhrstarken Branchen der Gesundheitswirtschaft – Pharma und Medizintechnik – bleiben seit einigen Umfragen kaum verändert auf hohem Niveau. Der Exportsaldo der Pharmaindustrie liegt derzeit bei 41 Punkten, nach 36 Punkten in der Vorumfrage. Dagegen sinkt der Exportsaldo der Medizintechnik leicht um vier Punkte von 44 auf 40 Punkte. Diese Branchen blicken damit deutlich zuversichtlicher auf ihr Auslandsgeschäft als die Industrie insgesamt. Doch auch deren Exporterwartungen verbessern sich, diesmal von 17 auf 21 Punkte.

Insgesamt hat die Gesundheitswirtschaft im Export eine starke Position. Der demografische Wandel in vielen Ländern weltweit trägt hierzu ebenso bei wie ein wachsendes Gesundheitsbewusstsein im Zuge steigenden Wohlstands. Und im Exportanteil der Gesundheitswirtschaft von derzeit gut sechs Prozent am Gesamtexport liegt noch weiteres Potenzial.



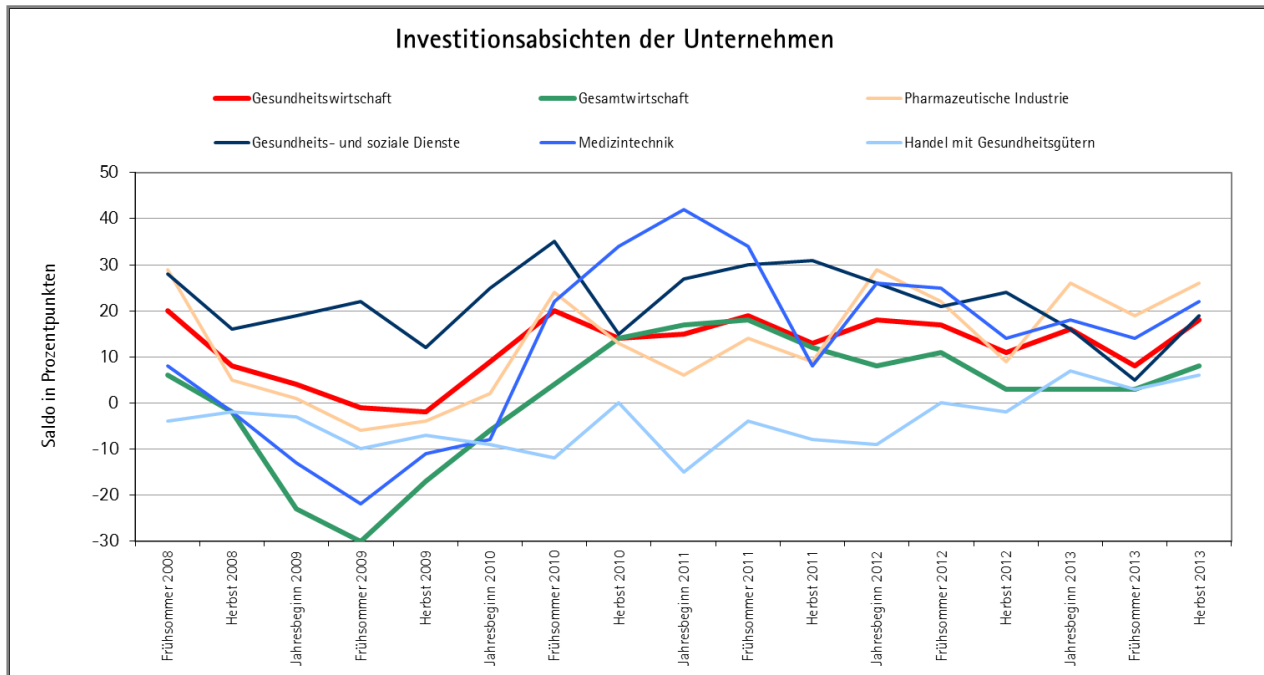
Reichen expansive Investitionspläne für expansive Entwicklung?

Nachdem sich die Gesundheitswirtschaft in der vergangenen Umfrage im Frühsommer mit Blick auf die Investitionen nicht mehr ganz so expansiv gezeigt hatte, äußern die einzelnen Branchen nun wieder ausgeweitete Investitionspläne. Die Erfahrung zeigt jedoch: Die Investitionsbereitschaft reagiert empfindlich darauf, inwieweit die Unternehmen in der Wirtschaftspolitik ein zunehmendes Risiko sehen. Daher bleibt nicht zuletzt mit Blick auf die Koalitionspläne abzuwarten, ob sich die Vorhaben der Betriebe tatsächlich in einer expansiven Entwicklung niederschlagen.

Im Herbst steigt der Saldo aus höheren und niedrigeren Investitionsabsichten in der Pharmaindustrie von 19 auf 26 Punkte, in der Medizintechnik von 14 auf 22. Auch bei ersteren ist zwar der Ersatzbedarf das Hauptmotiv, 70 Prozent der Unternehmen geben ihn als Grund an. Bei immerhin 51 Prozent der Betriebe geben aber Kapazitätsausweitungen den Ausschlag. Die Medizintechnik ist die einzige Branche, in der Produktinnovationen das wichtigste Investitionsmotiv sind (60 Prozent).

Die Investitionsabsichten der Gesundheits- und sozialen Dienste, die noch in der vergangenen Umfrage einen deutlichen Rückgang von elf Punkten zu verzeichnen hatten, verbessern sich um 14 Punkte auf 19 Punkte. Hier ist der Ersatzbedarf prägend: 68 Prozent der Betriebe geben ihn als Hauptmotiv für die Investitionen an.

Der Handel bleibt mit sechs Punkten nach drei Punkten in der Vorumfrage vorsichtiger. Die Gesundheitswirtschaft insgesamt erreicht damit einen Saldo von 18 Punkten, nach acht Punkten im Frühsommer. Dies deutet auf eine deutlichere Ausweitung als in der Gesamtwirtschaft hin, in der sich der Investitionssaldo von drei auf acht Punkte verbessert. Weiterhin wollen in der Gesundheitswirtschaft deutlich mehr Unternehmen ihre Kapazitäten erweitern (37 gegenüber 27 Prozent) als in der Gesamtwirtschaft.



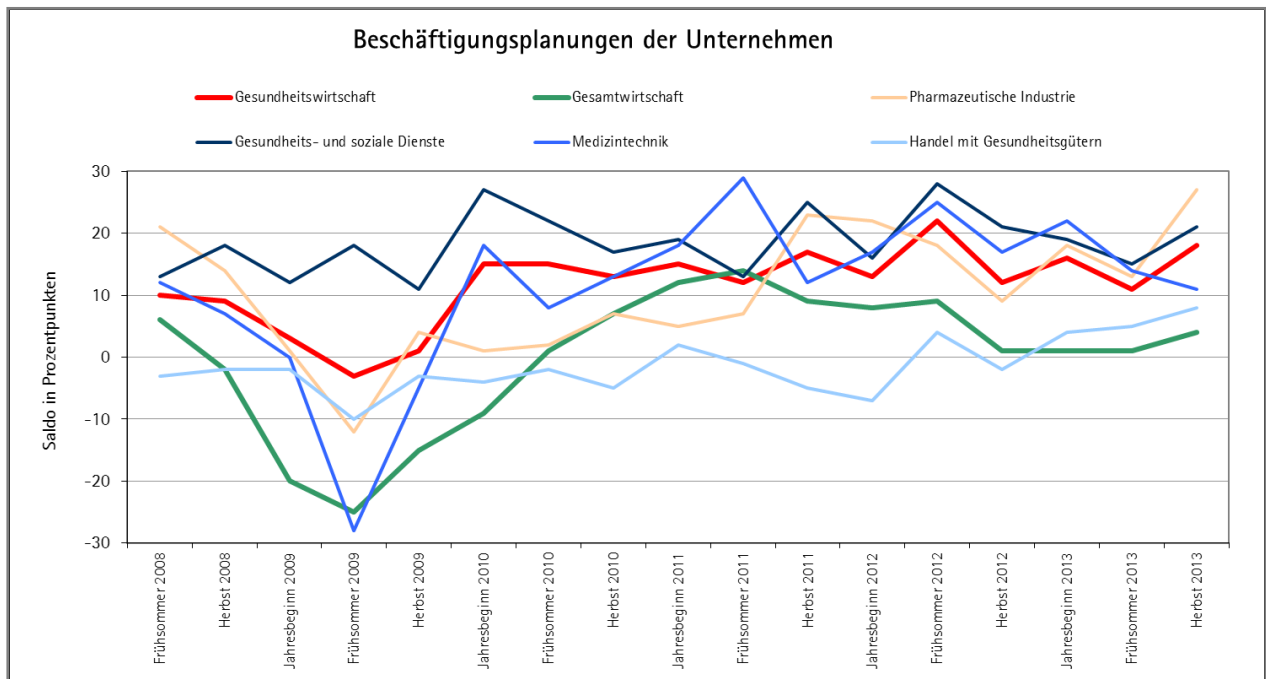
Gesundheitswirtschaft bringt Beschäftigung – aber wie schnell?

Insgesamt steigt in der Gesundheitswirtschaft der Antwortensaldo mit Blick auf die Beschäftigungspläne von elf Punkten im Frühsommer auf 18 Punkte im Herbst 2013. In der Medizintechnik gibt der Saldo leicht von 14 auf elf Punkte nach, auch hier dürften damit aber neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Eine klare Ausweitung ihrer Beschäftigungspläne sieht dagegen die Pharmaindustrie (Saldoanstieg von 13 auf 27 Punkte). Die Beschäftigungsabsichten der Gesundheits- und sozialen Dienste legen per Saldo um sechs Punkte auf 21 Punkte zu, beim Handel mit Gesundheitsgütern von fünf auf acht Punkte.

Der Beschäftigungsaufbau in der Gesundheitswirtschaft setzt sich damit fort, fraglich ist das Expansionstempo. Den anziehenden Beschäftigungsabsichten der Unternehmen stehen einige der jüngsten Beschlüsse der Koalition im Weg, insbesondere mit Blick auf die arbeitsintensive Gesundheitsbranche.

So könnte die geplante Höherbewertung von Pflege- und Betreuungsberufen zu Engpässen führen. Denn wenn sich diese Aufwertung in einem höheren Lohnniveau niederschlägt, erschwert dies die Beschäftigungspläne, die die Gesundheits- und sozialen Dienste äußern. Eine mögliche Erleichterung für die Branche könnte es andererseits durch den geplanten höheren Pflegebeitrag und damit durch zusätzliche Mittel für Leistungsausweitungen geben. Allerdings wird dieser Effekt mit höheren Lohnzusatzkosten für alle Arbeitgeber erkauft.

Auch die Pläne zur stärkeren Regulierung von Teilzeitbeschäftigung könnten negativ zu Buche schlagen. Teilzeit spielt im Sektor der Gesundheits- und sozialen Dienste eine deutlich größere Rolle als in der Gesamtwirtschaft. Bei den Einstellungsplänen ist sie für fast jeden zweiten Betrieb wichtig oder sehr wichtig. Für die Flexibilität ist Teilzeitbeschäftigung sogar für 52 Prozent der Betriebe wichtig oder sehr wichtig. Beispielsweise kommt es bei den Gesundheits- und Sozialdiensten auf eine Personalplanung an, die den Erfordernissen von Beschäftigten und Kunden entspricht. Hier ist für zwei von drei Betrieben Teilzeit ein wichtiges Flexibilisierungsinstrument. Stärkere Regulierung würde die Dynamik in diesem Bereich bremsen.



Gerade in guten Zeiten Reformen angehen

Die Umfrage zeigt einmal mehr deutlich, wo die Betriebe der Schuh drückt – besondere Sorge haben sie vor falschen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen. Insgesamt 46 Prozent der Betriebe der Gesundheitswirtschaft sehen in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ein besonders großes Risiko für ihre wirtschaftliche Entwicklung. Das sind noch einmal fünf Prozentpunkte mehr als in der Gesamtwirtschaft. Und darin sind die Auswirkungen des Koalitionsvertrags noch nicht enthalten.

Besonders skeptisch sind die Betriebe der Pharmaindustrie (55 Prozent) und des Handels (50 Prozent). Ihre Einschätzung hat sich allerdings im Vergleich zur Vorumfrage zumindest leicht verbessert. Eine relativ starke negative Entwicklung zeigen dagegen die Unternehmen der Medizintechnik. Sie steigern ihre Risikoeinschätzung um elf Punkte auf 40 Prozent. Hintergrund dürften die EU-Pläne sein, das Zulassungsverfahren für Medizinprodukte auf europäischer Ebene stärker zu regulieren. Einige dieser Vorhaben sind im Verhandlungsverlauf zwar zumindest abgeschwächt worden, doch drohen dennoch gerade für die in Deutschland klein- und mittelständisch strukturierte Branche einige zusätzliche Erschwernisse.

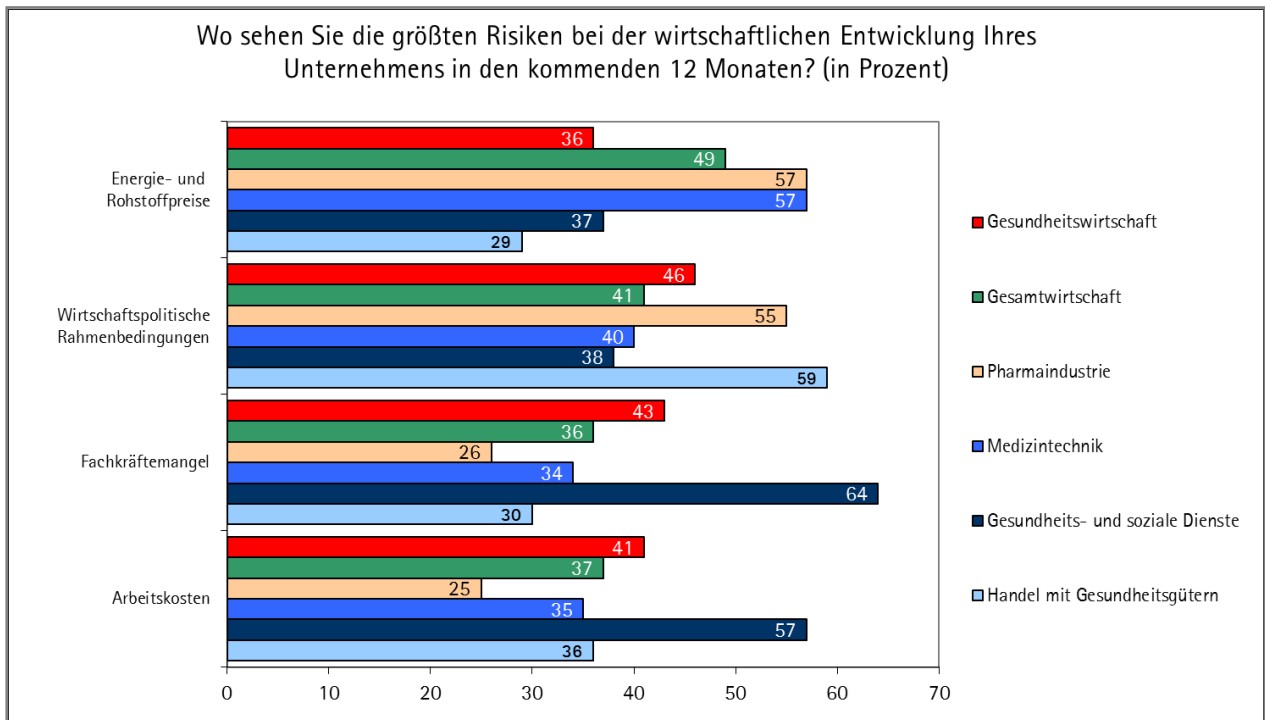
Insgesamt ist die Gesundheitswirtschaft eine stark regulierte Branche, die nicht zuletzt deshalb auch sehr von neuen Regelungen betroffen ist. Das betrifft in vielen Bereichen auch die Rahmenbedingungen, die in Brüssel gesetzt werden.

Der Fachkräftemangel und steigende Arbeitskosten folgen in der Risikoeinschätzung der Betriebe auf den nächsten Plätzen. Ersteren sehen in der Gesundheitswirtschaft 43 Prozent der Unternehmen als großes Risiko, im Vergleich zu 36 Prozent in der Gesamtwirtschaft. Ähnlich ist die Einschätzung mit Blick auf die Arbeitskosten (41 Prozent in der Gesundheitswirtschaft, 37 Prozent insgesamt). Erneut sind es die personalintensiven Dienstleister, die besonders betroffen sind: 64 Prozent sehen im Fachkräftemangel und 57 Prozent in steigenden Arbeitskosten ein großes Risiko für ihre künftige wirtschaftliche Entwicklung. Der Anstieg der beiden Risiken hängt zusammen, jedoch werden die Arbeitskosten auch wesentlich durch die Lohnzusatzkosten geprägt.

Nicht zuletzt aus diesem Grund sind die Vorhaben der neuen Koalition kritisch zu sehen – mit Blick auf die gesamte Wirtschaft, aber auch hinsichtlich ihres Effektes auf die Gesundheitswirtschaft. Höhere Ausgaben durch neue Renten für Geringverdiener oder Mütter, die diskutiert werden, bedeuten für Beitragszahler und Betriebe zusätzliche Kosten in Milliardenhöhe. Gerade personalintensive Branchen sind hiervon wiederum besonders betroffen. Die neue Möglichkeit der Frühverrentung – nach 45 Beitragsjahren mit 63 Jahren ohne Abschläge in Rente zu gehen – gefährdet die bisherigen Erfolge bei der Beschäftigung Älterer und untergräbt die wichtige Rente mit 67. Eigentlich sollte die erfreuliche Lage auf dem Arbeitsmarkt und die gute finanzielle Situation in den Sozialkassen für sinnvolle Reformen genutzt werden. So sollten Beitragszahler und Betriebe durch eine Senkung der Beiträge entlastet werden.

Auch im Gesundheitswesen sind die Weichenstellungen nicht ermutigend. Der lohnunabhängige Zusatzbeitrag in der Gesetzlichen Krankenversicherung wird abgeschafft und künftig lohnabhängig gestaltet. Damit wird ein wichtiger Schritt in Richtung einer vollständigen Entkopplung der Beiträge vom Lohn durch pauschale Prämien in Kombination mit einem steuerfinanzierten Sozialausgleich wieder rückgängig gemacht. Zumindest wird der Arbeitgeberbeitragsatz festgeschrieben. Doch wie lange dies Bestand hat, bleibt fraglich. Nach Aussagen der Verhandlungspartner ist bereits heute absehbar und vorgesehen, dass die Arbeitgeber perspektivisch wieder stärker an Kostensteigerungen beteiligt werden. Die geplante stufenweise Erhöhung des Pflegeversicherungsbeitrags um 0,5 Prozentpunkte führt zwar zu höheren Einnahmen der Pflegekassen und wird in weiten Teilen für Leistungsausweitungen verwendet. Doch belastet er wiederum alle Arbeitgeber durch höhere Lohnzusatzkosten und erhöht dadurch die Arbeitskosten – eine der Hauptsorgen aller Unternehmen in der Gesundheitswirtschaft.

Die Energie- und Rohstoffpreise treiben insbesondere die Industriezweige Pharma und Medizintechnik um. Jeweils zu 57 Prozent sehen sie hier ein großes Risiko. Damit liegen sie gut 20 Prozentpunkte über der Gesamtwirtschaft, aber nicht ganz so hoch wie in der gesamten Industrie (61 Prozent). Um die Inlandsnachfrage sorgt sich die Gesundheitswirtschaft derzeit kaum. 28 Prozent der Unternehmen nennen dieses Risiko – so wenig wie in keiner bisherigen Umfrage (seit 2010) und deutlich seltener als in der Gesamtwirtschaft (48 Prozent).



Definition der Gesundheitswirtschaft, die der DIHK-Auswertung zu Grunde liegt

Zu der Gesundheitswirtschaft zählen in dieser Analyse:

- Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen
- Herstellung von Bestrahlungs- und Elektrotherapiegeräten und elektromedizinischen Geräten
- Reparatur und Wartung von Medizintechnik
- Herstellung von medizinischen und zahnmedizinischen Apparaten und Materialien
- Handelsvermittlung von pharmazeutischen Erzeugnissen, medizinischen und orthopädischen Artikeln und Laborbedarf, Ärztebedarf, Dentalbedarf, zahnärztlichen Instrumenten, Krankenhaus- und Altenpflegebedarf
- Großhandel mit pharmazeutischen, medizinischen und orthopädischen Erzeugnissen
- Apotheken
- Einzelhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln
- Versandhandel mit pharmazeutischen Erzeugnissen
- Krankenversicherungen
- Forschung und Entwicklung im Bereich Biotechnologie
- Forschung und Entwicklung in den Bereichen Medizin und Pharmazie
- Beratung im Gesundheitswesen
- Vermietung von medizinischen Geräten
- Desinfektion u. Reinigung v. Praxen u. Krankenhäusern
- Gesundheitswesen (Krankenhäuser (darunter auch Vorsorge- und Rehabilitationskliniken), Arzt- und Zahnarztpraxen, Massagepraxen, Heilpraktikerpraxen etc.)
- Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime) (Pflegeheime, Altenheime)
- Sozialwesen (ohne Heime) (u. a. Soziale Betreuung älterer Menschen, aber auch Tagesbetreuung von Kindern)

Hinweis: Die Angaben zu der hier ausgewerteten Umfrage werden von IHK-Mitgliedern gemacht, beispielsweise also nicht von öffentlichen Einrichtungen oder ausschließlich freiberuflich Tätigen. Der Bereich der Gesetzlichen Krankenkassen ist hier ebenfalls nicht aufgenommen. Er zählt aber zu einer umfassenden Definition der Gesundheitswirtschaft selbstverständlich hinzu.